

# Notizen

Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche haben sich gegen Diffamierung der Kirchen in den Medien gewandt. Die EKD erklärte Anfang September, man wolle künftig direkter auf die Verunglimpfungen in Medien und Werbung reagieren. Früher nicht angetastete Grenzen würden immer weiter hinausgeschoben. In einem Interview mit KNA erklärte der langjährige Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Wilhelm Schätzler, ihn beunruhige, daß es sich meist um plumpe Aggression und Anpöbeleien, gepaart mit einem hohen Maß an Dummheit handle. Satire über Kirche könne eigentlich nur der verfassen, der sich insgesamt zu Glaube und Kirche bekenne. Eine zunehmende Diffamierung des Glaubens beklagte auch der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Rudolf Hamerschmidt, in einem Beitrag für die „Neue Bildpost“ (8.9.96). Dabei gehe es gar nicht um die Kirche, sondern um die Menschenachtung und darum, wie mit Überzeugungen anderer umgegangen werde.

Den Anlaß für den Ungarnbesuch Johannes Pauls II. am 6./7. September gab der tausendste Jahrestag der Gründung des ältesten ungarischen Benediktinerklosters Pannonhalma. Zweite Station des Papstes waren Stadt und Diözese Győr. Dort wie auch sonst während der Reise ermutigte der Papst die Ungarn, nicht vor den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu resignieren und Trost und Stärkung in der reichen christlichen Tradition des Landes, dem Zeugnis der vielen Heiligen und Märtyrer und den trotz der Schwierigkeiten beachtlichen Leistungen der Kirche zu suchen. Bei der Begegnung mit den ungarischen Bischöfen lobte Johannes Paul II. unter anderem auch deren Sozialhirtenbrief. In dem Ende August veröffentlichten Hirtenschreiben hatten die ungarischen Bischöfe die wachsende soziale Ungerechtigkeit in ihrem Land kritisiert, eine dramatische Diagnose der gesellschaftlichen Situation gestellt und die wirkliche Umgestaltung des Landes in eine demokratische und plurale Bürgergesellschaft gefordert.

Das polnische Parlament verabschiedete am 30. August mit 208 Ja-Stimmen bei 61 Nein-Voten und 15 Enthaltungen ein neues Abtreibungsgesetz. Rund 60 Parlamentarier hatten aus Protest gegen die Gesetzesvorlage zuvor den Saal verlas-

sen. Formell handelt es sich um die Ergänzung der seit 1993 bestehenden Regelung. Eine Abtreibung wird demnach auch bei Vorliegen einer schwierigen materiellen und sonstigen persönlichen Situation der Mutter bis zur zwölften Schwangerschaftswoche möglich sein. Staatspräsident Kwasniewski kündigte bereits an, daß er kein Veto gegen das Gesetz einlegen werde. Ein früherer Novellierungsversuch war am Veto des damaligen Staatspräsidenten Walesa gescheitert. Von kirchlicher Seite, darunter auch von Johannes Paul II., wurde die Liberalisierung scharf verurteilt.

Der einzige Erzbischof Burundis, Joaachim Ruhana, fiel einem Attentat zum Opfer. Am 9. September geriet der Erzbischof von Gitega zusammen mit weiteren Personen, die ihn begleiteten, in einen Hinterhalt. Nach dem Mord an Ruhana besteht die burundische Bischofskonferenz noch aus sechs Bischöfen, zwei Tutsi und vier Hutu. Erzbischof Ruhana gehörte dem Stamm der Tutsi an, distanzierte sich jedoch wiederholt von jedem ethnisch begründeten Extremismus. Ein Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums zeigte sich „schockiert“ von dem Mord und bezeichnete Ruhana als „eines der großen moralischen Gewissen in Burundi“.

Auf dem Stockholmer Weltkongreß gegen die kommerzielle Ausbeutung Minderjähriger Ende August wurde auch der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Armut und Kinderprostitution betont. Die Armut als Hauptursache dieses „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ hat im Kontext des Kongresses auch der Vorsitzende des Päpstlichen Familienrates, Kardinal Alfonso López Trujillo, in einem Beitrag für den „Osservatore Romano“ (1.9.96) benannt und zugleich die Hoffnung geäußert, die Konferenz könne einen Markstein zugunsten des Wohles der Kinder darstellen. Der ständige Beobachter des Vatikans bei der Weltorganisation für Tourismus, Piero Monni, erklärte vor der Konferenz in Stockholm, das eigentliche Heilmittel des Problems sei eine Familie, in der die Kinder in Liebe und Sicherheit aufwachsen (O. R., 30.9.96).

In Rottenburg traf sich Anfang September die Lutherisch-Katholische Einheitskommission zu ihrer zweiten Tagung innerhalb der vierten lutherisch-katholischen

Dialogphase. Walter Kasper, der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, ist katholischer Kopräsident der Kommission. Von lutherischer Seite liegt die Leitung beim ungarischen Bischof Béla Harmati. Auf der Tagesordnung des Treffens in Rottenburg standen die Vorbereitung eines katholisch-lutherischen Konsensdokuments zur Eucharistie, das Thema Apostolizität der Kirche sowie ethisch-moralische Fragen. Hier befaßte man sich mit dem Verständnis des Gewissens in der lutherischen und katholischen Tradition. Die Kommission soll sich in der vierten Dialogphase auf Bereiche konzentrieren, bei denen es noch keinen Konsens als Voraussetzung für weitere sichtbare Schritte zur Einheit gibt. In der dritten Dialogphase hatte die Kommission ein umfangreiches Dokument zum Thema „Kirche und Rechtfertigung“ erarbeitet (vgl. HK, August 1994, 388 ff.).

Zum neuen Präsidenten des Päpstlichen Laienrates ernannte Johannes Paul II. am 21. August den bisherigen Erzbischof von Denver (Colorado), James Francis Stafford. Er ist damit Nachfolger von Kardinal Eduardo Pironio, der den Laienrat seit 1984 leitete. Der 64jährige Stafford wurde 1986 Erzbischof von Denver, wo im Sommer 1993 eines der vom Laienrat organisierten Weltjugendtreffen stattfand (vgl. HK, September 1993, 437).

Zu vier Jahren und zehn Monaten Haft wurde der Franziskanerpater Anastácio Ribero, Leiter der Landpastoral-Kommission (CPT) der katholischen Kirche im nordostbrasilianischen Erzbistum Paraíba, verurteilt; nach Angaben des Informationsdienstes der Missionszentrale der Franziskaner in Bonn vor allem wegen seiner Unterstützung für 250 landlose Familien, die im vergangenen Jahr ungenutzten Boden zweier Fazendas besetzt hatten. In der Urteilsbegründung wurde dabei unter anderem die CPT als kriminelle Organisation diffamiert. Der Geschäftsführer der Bischöflichen Aktion Adveniat, Dieter Spelthahn, bezeichnete die Verurteilung als völlig unverständlichen und schockierenden Schritt gegen den gewaltlosen Einsatz der CPT.

Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe sind eine Beilage des Freiburger Buchversandes und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigefügt.*